

**Marija Kolak,  
Präsidentin des  
Bundesverbandes der  
Deutschen Volksbanken und  
Raiffeisenbanken (BVR)**

## **Statement**

**Pressekonferenz zum Konsolidierten  
Jahresabschluss der Genossenschaftlichen  
FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken 2021**

**12. Juli 2022**

Bundesverband der  
Deutschen Volksbanken und  
Raiffeisenbanken • BVR

Melanie Schmergal  
Abteilungsleiterin Kommunikation  
und Öffentlichkeitsarbeit /  
Pressesprecherin

Cornelia Schulz  
Pressesprecherin

Steffen Steudel  
Pressesprecher

Schellingstraße 4  
10785 Berlin

Telefon: +49 30 2021-1300

[presse@bvr.de](mailto:presse@bvr.de)  
[www.bvr.de](http://www.bvr.de)  
[twitter.com/BVRPresse](https://twitter.com/BVRPresse)  
[facebook.com/BVRBerlin](https://facebook.com/BVRBerlin)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Coronapandemie, Flutkatastrophen und vor allem ein anhaltender Krieg in Europa – die Zeiten, in denen meine Vorstandskollegen, Dr. Andreas Martin, Daniel Quinten, und ich Ihnen den konsolidierten Jahresabschluss der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken vor vergleichsweise entspannter (welt-) wirtschaftlicher Lage vorstellen konnten, liegen schon eine Weile zurück.

Die – wirtschaftlichen und sozialen – Folgen des schrecklichen **Krieges in der Ukraine** sind inzwischen auch in Deutschland angekommen und verunsichern Bürgerinnen und Bürger und auch die Unternehmen. Nicht zuletzt die Frage, wie im kommenden Winter geheizt werden kann und was dies kosten wird, bewirkt hierzulande Sorgenfalten auf der Stirn der Verbraucher. In dieser schwierigen Zeit sind Stabilität und Vertrauen wichtige Assets und deshalb freue ich mich, Ihnen und unseren 30 Millionen Kunden insbesondere den vielen mittelständischen Unternehmen, die auf die Finanzierung durch die Volksbanken und Raiffeisenbanken vertrauen, heute einen stabilen Abschluss vorstellen zu können: mit einem konsolidierten Gewinn vor Steuern von 10,5 Milliarden Euro und mit einer soliden Eigenkapitalausstattung von 129,5 Milliarden Euro.

Lassen sich mich zunächst auf die wirtschaftliche Lage eingehen. Zu den größten Sorgen aktuell zählt die rekordhohe **Inflation**. Die Teuerung mag aktuell mit 7,6 Prozent im Juni ihren Zenit nahezu erreicht haben, sicher ist das aber keinesfalls. Hohe Energiepreise, Lieferkettenprobleme und der Fachkräftemangel treiben die Inflation. Tempo ist daher angesagt, wenn es darum geht, erneuerbare Energien auszubauen. Kurzfristig, meine Damen und Herren, wird sich der Preisdruck nicht dämpfen lassen. Die Realität ist, dass fast alle Bürger mit ihrem Einkommen deutlich weniger Güter und Dienstleistungen werden finanzieren können. Es wäre ein Trugschluss zu hoffen, den Preisanstieg durch kräftige Lohn- und Gehaltssteigerungen auffangen zu können. Dies würde den Druck auf die Margen in vielen Branchen nur weiter erhöhen, zu weiteren Preissteigerungen führen und so die Inflation festigen.

Im Brennpunkt bei der Bekämpfung der Inflation steht die **Geldpolitik**. Der Anstieg der Inflation seit dem vergangenen Sommer hat die Europäische Zentralbank (EZB) auf dem falschen Fuß erwischt. Dadurch hat sie wertvolle Zeit verloren. Der für die Ratssitzung am 21. Juli angekündigte erste Zinserhöhungsschritt ist längst überfällig. Die EZB sollte mit einem großen Zinsschritt von 50 Basispunkten, also einer Erhöhung des Hauptrefinanzierungssatzes auf 0,50 Prozent und des Einlagezinses auf 0 Prozent, eine klare Botschaft an die Märkte senden, dass sie der Inflation entschlossen entgegentritt.

Aber natürlich bleibt die Unsicherheit für alle Wirtschaftsteilnehmer extrem hoch. Daher sollte sich die Geldpolitik die nötige Handlungsfreiheit bewahren. Die Inflation bekäme einen neuen Schub, wenn sich die Liefereinschränkungen bei den Gasimporten noch einmal zuspitzen sollten. Sollte die Verfügbarkeit von Gas so stark verringert werden, dass es zu Engpässen in der Wirtschaft kommt, besteht zusätzlich auch das Risiko einer schweren **Rezession**. Die geplanten Zinserhöhungen der EZB sind dennoch erforderlich. Allenfalls beim Tempo und Ausmaß der Zinserhöhungen wird die EZB nachsteuern können.

Es ist außerdem hohe Zeit, die Wirtschaftspolitik mit Blick auf die langfristigen Herausforderungen neu auszurichten. Die Belebung der Investitionen sollte hierbei eine prominente Rolle einnehmen, gerade auch in den Bereichen Klimaschutz und Digitalisierung. Als Finanzierer des Mittelstandes kommt vor allem den Banken hier eine zentrale Rolle zu. Sie begleiten Unternehmen bei ihrem Transformationsprozess in Richtung **nachhaltigen Wirtschaftens**. Volksbanken und Raiffeisenbanken sind sich ihrer wichtigen Aufgabe hier bewusst. Wenn die Politik den Banken bei Finanzierungen auf der Grundlage der Taxonomie die zentrale wirtschaftspolitische Steuerungsfunktion zuordnet, dann muss sie die Banken aber auch in die Lage versetzen, diese Funktion erfüllen zu können. Die Taxonomie und die unzähligen technischen Standards, die von der European Financial Reporting Advisory Group (EFRAG) veröffentlicht werden, sind weder für Unternehmen noch für Banken zu bewältigen und zudem nicht widerspruchsfrei. Wie schwer es ist, sachgerechte Entscheidungen von Dauer zu treffen, zeigt sich insbesondere an der regen Diskussion um die Einordnung von Gas und Atomkraft in die Taxonomie. Dadurch sinkt die Akzeptanz bei den Unternehmen insgesamt.

Damit die Zukunftsinvestitionen in Gang kommen, müssen die Störungen der Lieferketten deutlich verringert und der Fachkräftemangel entschärft werden. Sie sind nicht nur Inflationstreiber, sondern auch Investitionsverhinderer. Um die Unternehmen in dieser schwierigen Zeit nicht noch zusätzlich zu belasten, sollte der Anwendungszeitpunkt des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes von Anfang 2023 nach hinten verschoben werden. Dies würde auch den Verwaltungsaufwand von mittelständischen Zulieferern verringern, die indirekt von den Dokumentationspflichten betroffen sind. Bei vielen Unternehmensinvestitionen sind zudem langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren ein zentraler Hemmschuh. Hier steht die Bundesregierung in der Pflicht, ihr Versprechen zur Beschleunigung der Verfahren aus dem Koalitionsvertrag bald einzulösen. Einen wichtigen zusätzlichen Impuls kann die **Finanzpolitik** leisten: zum Beispiel durch die Rückführung der kalten Progression und durch die Superabschreibung, die Investitionsprämie für Klimaschutz und digitale Wirtschaftsgüter.

Für die **Ertragsentwicklung der Banken** ist die Aussicht auf eine teilweise Normalisierung der Zinslandschaft grundsätzlich eine gute Nachricht. Doch stellt der zügige Umschwung auch eine große Herausforderung dar. Das Hochschnellen der Marktzinsen führt zu marktwertbezogenen Bewertungseffekten bei den Eigenanlagen der Banken. Gleichzeitig sind die steigenden konjunkturellen Risiken sehr wahrscheinlich mit höheren Bonitätsrisiken im Kreditbuch verbunden. Ein deutlicher Anstieg der **Insolvenzen** zeichnet sich aktuell noch nicht ab. Generell stellt sich die Bilanzqualität im Mittelstand solide dar. Doch wäre eine Verknappung des Gasangebots mit gravierenden Produktionseinschränkungen in der Wirtschaft ein Gamechanger. In diesem Fall droht wohl ein spürbarer Anstieg der Insolvenzen mit dem Risiko dauerhafter Schäden beim Produktionspotential. Perspektivisch ist aber davon auszugehen, dass die positiven Auswirkungen der Zinswende mehr und mehr zum Tragen kommen und sich die konjunkturellen Risiken zum Teil wieder auflösen werden.

Unternehmen und auch Verbraucherinnen und Verbraucher müssen in dieser angespannten Situation darauf vertrauen können, dass Banken auf einem wirtschaftlich soliden Fundament stehen und ihrem Auftrag nachkommen können. Wichtig ist hierbei ein funktionierender europäischer Bankenmarkt mit starken Banken. Anders als es die Europäische Kommission in den vergangenen Jahren mit der Diskussion um eine Europäische Einlagensicherung (**EDIS**) suggeriert hat, bedeutet Bankenunion nicht die Lösung aller Probleme durch die Vergemeinschaftung bestehender Risiken in den Bankbilanzen. Daher ist es richtig, dass die Bundesregierung dem Druck aus Brüssel standgehalten und die Einführung eines europäischen Einlagensicherungssystems, das genau diese Vergemeinschaftung zum Ziel hatte, abgelehnt hat. Stattdessen muss an der weiteren Integration des europäischen Bankenmarktes und an der Reduzierung bestehender Risiken gearbeitet werden. Dann werden wir auch weiterhin starke Banken in der EU haben.

Solange aber Mitgliedsstaaten eigene Kapital- und Liquiditätsanforderungen an Tochtergesellschaften stellen, wird es hier kaum Fortschritte geben. Das gleiche gilt für die Risiken im Zusammenhang mit Staatsanleihen in den Bankbilanzen. Gerade bei diesen Punkten hat sich in den Diskussionen in der Eurogruppe aber gezeigt, dass es auf absehbare Zeit keine Bewegung geben wird. Das ist bedauerlich. Der weite Ansatz, wonach zunächst das Zielbild der Bankenunion konkretisiert werden soll, ist auf europäischer Ebene vorerst zurückgestellt worden. Im Fokus steht nun allein die Stärkung des Krisenmanagements für Banken, einschließlich der Einlagensicherung. Die EU-Kommission hat angekündigt, bis Ende des Jahres entsprechende Legislativvorschläge vorlegen zu wollen. Hierzu hören wir später mehr von meinem Kollegen, Herrn Quinten. Zunächst einmal führt aber nun Herr Dr. Martin durch das Zahlenwerk.